

# Zurück zur «Normalität»? Nein Danke!

Mittwoch, 10. Juni 2020

Von: Christine Flitner/ VPOD



**Nach der Krise darf es keine Rückkehr zur "Normalität" geben, denn "normal" bedeutet in diesem Zusammenhang: auf Kosten der Frauen und des Gemeinwohls.**

Die letzten Wochen haben überdeutlich gemacht, was Frauen schon lange kritisieren: Pflege- und Betreuungsarbeit sind unterschätzt und unterbewertet, und die Profitorientierung in diesen Bereichen hat zu schwerwiegenden Problemen geführt. Nach der Krise darf es keine Rückkehr zur "Normalität" geben, denn "normal" bedeutet in diesem Zusammenhang: auf Kosten der Frauen und des Gemeinwohls.

Jetzt müssen die Prioritäten neu gesetzt werden. Insgesamt hat der Bund in nur wenigen Tagen 60 Milliarden freigegeben, um den Forderungen der Arbeitgeber nachzukommen, während uns seit Jahren gesagt wird, dass es kein Geld für Gesundheit, Kinderbetreuung, Soziales, Bildung und Kultur, kein Geld für unsere Renten, kein Geld für einen Gleichstellungsplan oder für eine Strategie zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt gibt. Wo der politische Wille vorhanden ist, gibt es auch die finanziellen Mittel. Und jetzt? Wir wollen, dass die Behörden so viel Geld für die Stärkung und Entwicklung der öffentlichen Dienste in feministischer und ökologischer Perspektive zur Verfügung stellen, wie sie für die "Rettung der Wirtschaft" zur Verfügung gestellt haben.

## **Aber wir haben auch einiges erreicht in den letzten Wochen.**

Wir haben während den letzten Wochen und Monaten alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Gesundheit, Arbeitsbedingungen und Existenzgrundlagen von ArbeitnehmerInnen zu schützen und die sozialen Folgen der Pandemie abzufedern.

Wir konnten gegen die Aushebelung des Arbeitsgesetzes aktiv werden, 80'00 Unterschriften für unsere Petition «Stand by your nurse» sammeln und die Rücknahme der Bestimmungen

erwirken.

Wir haben uns für eine gute Ausgestaltung der Kurzarbeitsregelungen und des Corona-Elternurlaubs engagiert. Mit massivem Druck haben wir uns gegen den Einsatz von gefährdeten Personen während der Pandemie gestemmt. Wir haben eine breite Koalition zur Finanzierung der Kitas und den Erhalt von Betreuungsstrukturen gebildet und eine finanzielle Unterstützung durch Bund und Kantone erreicht, und vieles mehr.

**Und es gibt einiges, was erhaltenswert und ausbaufähig ist:** Nicht nur die Solidarität und Fürsorge, die an vielen Orten entstanden ist, weil man plötzlich wieder gemerkt hat, wie wichtig Pflege, Betreuung, Gemeinsamkeit und Füreinander-Dasein sind. Auch konkret wurde deutlich: Es braucht eine gut ausgebaute und finanzierte Kinderbetreuung. Es braucht ein funktionierendes Gesundheitswesen mit ausreichend Personal. Es braucht soziale Einrichtungen und Angebote für Menschen, die nicht für sich selbst sorgen können. Es braucht öffentliche Dienste und ein Bildungssystem, die auch funktionieren, wenn alles heruntergefahren ist. Es braucht die Anerkennung und Absicherung der unbezahlten Pflege- und Betreuungsarbeit, und noch vieles mehr.

**Und der Kampf geht weiter:** Für langfristige Massnahmen zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Löhnen. Für den Erhalt der Kaufkraft. Gegen die Überwälzung der Schulden auf den öffentlichen Sektor, auf soziale Institutionen oder das Gesundheitswesen. Für die Aufwertung der Frauenberufe, die in den letzten Wochen zusammen mit anderen den Betrieb am Laufen gehalten haben.

Dafür braucht es jetzt sinnvolle Konjunkturfördermassnahmen und eine grundlegende Abkehr vom Wettbewerbsdenken im Service public. Und es braucht die Gewerkschaften, die sich weiterhin für die Rechte der Arbeitnehmenden einsetzen - für eine Gesellschaft, die an den Bedürfnissen der Allgemeinheit orientiert ist, nicht an den Profiten von Wenigen.

[Forderungspapier der VPOD-Frauen](#) zum 14. Juni 2020

### Downloads

10.06.2020 [Forderungen VPOD-Frauen zum 14. Juni 2020](#) PDF (131 kB)